

Die Ökostrom-Lobby hängt an den Subventionen wie ein Junkie an der Nadel



Von **Daniel Wetzel**
Wirtschaftsredakteur

Stand: 07:50 Uhr | Lesedauer: 5 Minuten



Die Lobbyisten machen sich bereit, um so viele Subventionen wie möglich für Wind- und Sonnenstrom zu retten

Quelle: Jan Woitas/dpa

Im Bundestag droht eine harte Lobbyschlacht um die Finanzierung der Energiewende. Um die Solar-Lobby vom süßen Gift der Subventionen zu entwöhnen, sollte die Union nun ungewohnte Härte zeigen.

Nach dem Ende der Fußballweltmeisterschaft steht das nächste sportliche Großereignis gleich nach der Sommerpause an. Austragungsort ist der Deutsche Bundestag: Profi-Lobbyisten der Ökostrom-Szene treffen auf energiepolitische Amateure. Als Preisgeld winken milliardenschwere Subventionen aus der Tasche des Steuerzahlers. Das Aufwärmtraining hat bereits begonnen.

Dass dieses Match auf den Spielplan kam, ist nicht die Schuld der Bundesregierung: Die EU-Kommission hatte das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) mit dem Ablaufdatum 1. Januar 2027 versehen. Ein Vierteljahrhundert lang hatte das EEG einen Geldstrom von zuletzt rund 18 Milliarden Euro pro Jahr aus den Taschen der Verbraucher und Steuerzahler auf die Konten der Grünstrom-Produzenten umgeleitet.

Bundeswirtschaftsministerin Katherina Reiche (CDU) nutzt jetzt den von der EU erzeugten Reformdruck und wagt das Udenkbare: Zum ersten Mal in diesem Jahrtausend soll ein Subventionstatbestand der Energiewende komplett aufgehoben werden.

Gegen Solarmilliardäre hat die Linke nichts

Nach der von ihr vorgelegten EEG-Novelle wird ab 2027 den Käufern von Dach-Solaranlagen die auf 20 Jahre garantierte, fixe staatliche Einspeisevergütung gestrichen. Netzbetreiber werden von ihrer Inkasso-Pflicht befreit: Wer Solarstrom verkaufen will, soll sich selbst darum kümmern. Wer unbedingt in einer überlasteten Netzregion noch Windparks bauen will, kann künftig nicht mehr erwarten, dass er sein Risiko sozialisieren kann und ihm der Steuerzahler auch noch den Strom bezahlt, der nicht abtransportiert werden kann. Marktwirtschaft in der Energiewende? Ein unerhörter Vorgang.

Zum Ende der parlamentarischen Sommerpause ist deshalb zähes Ringen um Energiewende-Subventionen zu erwarten. Nachdem die Ökostrom-Szene sich ein Vierteljahrhundert lang ans süße Gift der Subvention gewöhnt hat, hängt sie am Zuschuss der Steuerzahler wie der Junkie an der Nadel.

Die Ökostrom-Branche schickt die Chefs der Branchenverbände für Wind- und Solarenergie in den Bundestag, um im parlamentarischen Verfahren die aus ihrer Sicht schlimmsten Zumutungen des Reiche-Gesetzes zurückzudrehen. Beide gehören mit ihrer jahrzehntelangen Erfahrung zu den erfahrensten, härtesten und erfolgreichsten Lobbyisten des Landes.

Unvergessen, wie einst der Chef des Marktführers Solarworld, Frank Asbeck, dem TV-Entertainer Thomas Gottschalk Schloss Marienfels als Zweitschloss abkaufte – eins hatte er schon – und Energiewende-Lobbyisten trotzdem jeden öffentlich als „Totengräber der Energiewende“ diffamieren konnten, der es wagte, die Höhe der Solar-Subventionen infrage zu stellen.

Gegen Solar- und Windmilliardäre hatten selbst Linke-Genossen nichts einzuwenden, mochte die Arbeiterklasse auch unter den höchsten Strompreisen der Welt leiden. Auch die SPD schloss vor der eklatanten sozialen Umverteilung von unten nach oben im Namen der Energiewende so kräftig die Augen, dass sie sie heute, 13 Jahre später, immer noch nicht wieder aufbekommt.

Mit dem EEG konnten Ökostrom-Produzenten das gute Gewissen des Klimaretters genießen und zugleich eine schöne Rendite einstreichen. Eine unschlagbare Kombination. Die Folge: Inzwischen wird jedes Jahr rein rechnerisch die elektrische Leistung von 17 Atomkraftwerken in Form von Solarmodulen auf Dächer und Felder montiert – obwohl diese Leistung jede Nacht und jeden Winter brachliegt.

Wert der Kilowattstunde immer häufiger im Minusbereich

Im Juli dieses Jahres produzierten Wind und Solar zusammen an 27 von 30 Tagen in der Mittagszeit mehr Strom, als Nachfrage da war. Temporärer Sättigungsfaktor über 100 Prozent. An der Strombörse fällt der Wert der Kilowattstunden immer häufiger tief in den Minusbereich, sodass die wertlosen Kilowattstunden gegen Zuzahlung im Ausland verklappt werden müssen.

Von der Werkbank direkt auf den Schrottplatz: Der Steuerzahler zahlt inzwischen nicht nur die Produktion von Solarstrom, sondern auch noch die Entsorgungsgebühren. Inzwischen gelten die weiter steigenden Systemkosten der Energiewende als einer der Hauptgründe für Abwanderung und Niedergang der Industrie und den Verlust von aktuell im Schnitt 10.000 hochwertigen Arbeitsplätzen pro Monat.

Doch zäh wird der Zahlungsanspruch verteidigt. Nach den letzten verfügbaren Zahlen aus dem Monitoringbericht der Bundesnetzagentur kassierten die Solarstrom-Produzenten im Jahr 2024 EEG-Subventionen von zehn Milliarden Euro. Damit bekamen die Fotovoltaik-Betreiber doppelt so viel Steuergeld wie die Windkraft, obwohl sie nur halb so viel Ökostrom produzierten. Weil heutige Verbraucher noch immer die exorbitanten, aber auf 20 Jahre garantierten Vergütungssätze der Anfangsjahre abbezahlen, erhielt jede Kilowattstunde Solarstrom im Durchschnitt noch 2024 eine EEG-Vergütung von 17,4 Cent – was diese Energieart zur teuersten aller Ökostrom-Arten macht.

Während Sozialverbände mit der klammen Bundesregierung verbittert um Kürzungen im einstelligen Milliardenbereich feilschen, gab es bislang keine Kürzungen bei den Ausgaben für Ökoenergien. Laut Subventionsbericht der Bundesregierung haben elf der 20 größten Beihilfe-Tatbestände ihren Grund in der Energiewende- und Klimapolitik: 39,2 Milliarden Euro Steuergeld gibt der Staat in diesem Jahr dafür aus.

Zusätzlich gewährt er Steuervergünstigungen im Wert von mehr als 5 Milliarden Euro. Andere Branchen und Sozialverbände können von einem Füllhorn dieser Größenordnung nur träumen. Billig wurde Strom trotz der 26-jährigen Subventionitis aber immer noch nicht, die Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen liegt heute nahezu unverändert wie beim Inkrafttreten des EEG noch immer bei 80 Prozent.

Doch obwohl Solarstrom angeblich die billigste Energiequelle der Menschheitsgeschichte ist und sich der Eigenverbrauch oft ohne Zuschüsse lohnt, geht selbst die amtierende Wirtschaftsministerin mit Samthandschuhen an die Subventionskürzung. Wer Solarmodule kauft, braucht wohl weiterhin keine Mehrwertsteuer zu zahlen. Neu-Investoren bekommen für eine erneute Übergangszeit von drei Jahren eine EEG-Vergütung von 5,2 Cent und einen „Direktvermarktungsbonus“.

Die Solar-Lobby ist Besseres gewohnt und weist solche Almosen schnöde zurück: Die Übergangshilfe der Bundesregierung sei „ein wertloses Trostpflaster“ und „Augenwischerei“, kritisierte der Lobbyverband: Sie könne „nicht ansatzweise die bislang über 20 Jahre gewährte EEG-Einspeisevergütung in Höhe von rund 7 Cent je Kilowattstunde für Teileinspeiser und 10 bis 12 Cent je Kilowattstunde für Volleinspeiser ersetzen“.

Natürlich können sie das nicht, sie sollen es auch nicht. Offenbar hat die Solar-Lobby etwas Grundsätzliches nicht verstanden. Andere Branchen in weitaus größeren Nöten können von solchen Vermarktungshilfen des Bundes nur träumen. Wenn die Solar-Vertreter das dreijährige Übergangsgeld arrogant zurückweisen, sollte die Bundesregierung die naheliegende Konsequenz ziehen: Das offenbar nicht erwünschte Trostpflaster für die subventionsverwöhnte Branche sollte sie sich auch sparen.

Dieser Artikel wurde für das Wirtschaftskompetenzzentrum von WELT und „Business Insider Deutschland (<https://www.businessinsider.de/>) “ geschrieben.

Daniel Wetzel (<https://www.welt.de/autor/daniel-wetzel/>) ist Wirtschaftsredakteur in Berlin. Er berichtet über Energiewirtschaft und Klimapolitik. Er wurde 2007 vom Verein Deutscher Ingenieure (VDI) mit dem Robert-Mayer-Preis ausgezeichnet und vom Energiewirtschaftlichen Institut an der Universität Köln 2009 mit dem Theodor-Wessels-Preis.

© PREMIUM-GRUPPE GmbH 2026

Ein **Axel Springer** Unternehmen

Die WELT als ePaper: Die vollständige Ausgabe steht Ihnen bereits am Vorabend zur Verfügung –
so sind Sie immer hochaktuell informiert. Weitere Informationen <https://epaper.welt.de>